

„Die Bürger verstehen nicht, warum aus dem Rathaus

Hunderttausende Euro

zur Anheuerung von

Polizei-Großaufgeboten sprudeln, während der Bildungssenator die Unterrichtung der Kinder dieser Stadt nicht mehr zahlen kann.

Warum Sozialstationen schließen, Eltern sich auf der Suche nach Kindergartenplätzen die Hacken wundlaufen müssen. Warum harmlose St.-Paulianer als vermeintliche Krawallbrüder seit Wochen vor ihren Häusern überprüft werden und unbeteiligte Passanten Gummiknüppel abbekommen.“

(MOP0, 25. 11. 02)

Weitere Infos unter:

www.de.indymedia.org

www.nadir.org/nadir/aktuell/schwerpunkte/bambule.html

Bambule - Demo

„St. Pauli wehrt sich - für Gerechtigkeit in Hamburg“

am 30. 11., 13:00 Uhr, Hachmannplatz

Gewerkschaftsdemo

„Aufstehen für eine solidarische Stadt“

05. 12., 16:30 Uhr, Legienplatz

Am Freitag, den 22.11.02 trafen sich in der Friedenskirche 150 AnwohnerInnen und Betroffene des Polizeieinsatzes in der Nacht des 18.11., um sich über die repressiven Vorgehensweisen der Polizei auszutauschen.

Rechtsanwälte informierten über die Möglichkeiten, juristisch dagegen vorzugehen.

Alle Anwesenden waren sich einig, dass wir uns solche Repressionen in St. Pauli nicht weiter gefallen lassen sollten.

Die Ereignisse am Montag nach dem

St.- Pauli - Spiel gegen Köln bildeten den

Höhepunkt der Eskalation durch die Polizei seit der

Räumung des Wagenplatzes Bambule. Sie zeigten, zu welchen Mitteln der Hamburger Senat zu greifen bereit ist:

Die Demonstration wurde in das Wohn- und Kneipenviertel St. Pauli Nord abgedrängt und letzten Endes dort eingekesselt. Jagdszenen spielten sich im Viertel ab:

Wasserwerfer, die schwere Knochenbrüche hervorrufen können, wurden fast wahllos eingesetzt; Menschen wurden mit Polizeiknüppeln brutal zusammengeschlagen. „269“

Ingewahrsamnahmen stellen einen groben Rechtsbruch dar, der durch nichts zu rechtfertigen ist. DemonstrantInnen wurden mit Kabelbindern gefesselt und dann bis zu 6 Stunden festgehalten. Unterden Betroffenen befanden sich auch AnwohnerInnen und FC - St. - Pauli - Fans.

Ebenso spielten auf dem Treffen verschiedene Kürzungen im sozialen Bereich eine Rolle: Im Frühjahr des Jahres wurden die letzten beiden verbliebenen Streetworker auf St. Pauli gekündigt, jetzt sollen 7 Stellen in der offenen Sozialarbeit und Suchtprävention im Viertel wegstrichen werden.

Die Politik des CDU-Schill Senats wurde in zwei wesentlichen Facetten deutlich:

Sozialabbau und Repression gegen alle, die „aufmucken“, gehen Hand in Hand.

Geld, das angeblich für soziale und Bildungszwecke nicht vorhanden ist, wird für massive und unnötige Polizeieinsätze, die inzwischen über Wochen andauern, vergeudet. Der Senat instrumentalisiert hierbei die Polizei bis hin zu Gewalteinsetzten, bei denen Menschen ins Krankenhaus geprügelt werden.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen.

Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den Protesten gegen diese Politik zu beteiligen und sich dabei von der Polizei nicht provozieren zu lassen. Wir wollen dazu beitragen, dass die Ereignisse in der Nacht vom 18. auf den 19. November nicht vertuscht werden können.

Wir haben Augenzeugenberichte gesammelt und werden dies auch weiter tun. Wir bitten herzlich alle, die dies noch nicht getan haben, möglichst genaue Gedächtnisprotokolle über konkrete Ereignisse, zu erstellen und an die Kontaktadresse zu schicken.

Für den 10. Januar laden wir zu einem Folgetreffen ein, das wiederum ein Forum für Betroffene und AnwohnerInnen sein soll. Rechtsanwälte, die sich für die juristische Aufarbeitung engagieren, werden von deren aktuellem Stand berichten.

Veranstaltung zum Polizeieinsatz

in der Nacht vom 18. auf den 19.11.2002
(und anderen evtl. noch folgenden)

**am Freitag, den 10.01.2003 ab 18:00 Uhr
in der Friedenskirche am Brunnenhof /
Otzenstrasse (Eingang Spielplatz)**

Aufrufer: Ermittlungsausschuss Hamburg, Ariane Dandorfer, Martin Wittmaack, Friedrich Brandi (Friedenskirche)
Kontaktadresse: Friedenskirche / Am Brunnenhof 38 / 22767 Hamburg; oder: st-pauli-wehrt-sich@nadir.org

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

111

111

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

St. Pauli wehrt sich!

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

111

111

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI

POLIZEI